Opłacono ryczałtowo. 72 Einzelpreis 0,50 zł. bezw. 0,25 Rmk

Wirtschaftskorrespondenz für POLEN

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Reichsmark monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend. Redaktion, Verlag und Administr.: Katowice, M. Pilsudskiego 27 Telefon 168, 1998.

Organ der „Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien"

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort. Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien. Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. VI — Katowice, am 29. Juni 1929 — Nr. 31

Erster Kongress der polnischen Wirtschaftspolitiker in Poznań

Ga. In der Zeit vom 24. bis 26. Mai fand in Poznań die erste Zusammenkunft der polnischen Wirtschaftspolitiker statt. Die Eröffnung der Tagung vollzog im Namen des Organisationskomitees in Vertretung des abwesenden Professor Grabski, Professor A. Kostanecki. In seiner Begrüssungsrede erinnerte Professor Kostanecki an die früheren Zusammenkünfte der Juristen und Wirtschaftspolitiker und stellte fest, dass der nunmehrige Kongress deren Erbe angetreten habe. Professor Kostanecki gab einen bildmässigen Ueberblick über die Entwicklung der Wirtschaftspolitik und charakterisierte die Fähigkeit des Polens für das wirtschaftspolitische Studium.

In das Präsidium der Tagung wurden berufen die Herren: Professor Kostanecki (Warszawa) als Vorsitzender, Professor A. Krzyżanowski (Kraków), Professor Daszyńska-Golińska (Warszawa), Professor Caro (Lwów), Professor Taylor (Poznań), Professor Waściszakowski (Lublin), Ingenieur Brzeski (Katowice) als Vertreter des Vorsitzenden, sowie die Herren: Dr. J. Zieleniewski (Kraków) und Dr. J. Lubowicki (Warszawa) als Sekretäre.

Der erste Tag wurde der bei uns besonders aktuellen Frage der wirtschaftspolitischen Bildung gewidmet. Es hatten Referate übernommen die Herren: Professor J. St. Lewiński — Die Bedeutung und Aufgabe der wirtschaftspolitischen Ausbildung, Professor E. Taylor — und Professor A. Kostanecki — Die höhere wirtschaftspolitische Ausbildung in Polen, Professor Fr. Bujak — Die Bedürfnisse der Wirtschaftswissenschaft in Polen, Professor T. Tulek — Die wirtschaftspolitische Ausbildung in der Volksschule sowie im Mittel-, Berufs- und allgemeinen Schulwesen.

Professor Lewiński wies auf das wachsende Interesse für die Wirschaftswissenschaften in allen Kreisen hin. Als er darauf die überaus günstige Lage des augenblicklichen Wirtschaftsstudiums in den höheren Lehranstalten feststellte, vertrat Professor Lewiński bei der Frage des Programms die Meinung, dass bei den Spezialfächern, die der Wirtschaftspolitik gewidmet sind, ausser dieser Wissenschaft Geschichte und Mathematik die Grundlage bilden müssten. Bei der Frage der Art, der Lehrtätigkeit hielt er die Heranziehung von Assistenten zu möglichst breiter Zusammenarbeit in den Seminaren für notwendig, wobei in den Seminaren eins oder höchstens einige Probleme die Achse bilden müssten, um die sich die Diskussion im Laufe des Jahres drehen solle.

Professor Taylor sprach über die Annäherung der Wirtschaftswissenschaft an das Leben. Darauf behandelte er den augenblicklichen Stand der wirtschaftspolitischen Ausbildung in Polen. Professor Taylor wies auf die Notwendigkeit der Verbreitung der Seminararbeit hin und erklärte den Typ der höheren Handelsschule ausser der Warschauer, für etwas ungeeignet, da dort die Theorie mit einer zu weit gehenden praktischen Vobereitung verbunden sei.

Der zweite Tag der Beratungen war dem Problem der Wirtschaftskonjunkturen gewidmet. Referate hatten übernommen die Herren: Professor E. Lepiński — Methode der Konjunkturforschung und das Problem der Prognose, sowie Professor A. Krzyżanowski — Konjunktur und Handelsbilanz, sowie Kapitalisierung und Kapitalzufluss.

Professor Lepiński wies auf die Haupttheorien der Konjunkturentwicklung hin und behandelte die theoretischen Grundlagen, auf die sich die Arbeit der polnischen Institute zur Erforschung der Wirtschaftskonjunkturen und Preise stützt. Er gab einen charakterisierenden Ueberblick über die Einteilung in 5 Konjunkturphasen, die vom polnischen Institut vertreten wird und sprach darauf von den Indexzahlen, die grundlegende Bedeutung für eine Kausalforschung der Konjunkturentwicklung und für die Feststellung einer bestimmten allgemeinen Prognose haben.

Darauf stellte Professor Lepiński die Frage, ob das polnische Konjunkturforschungsinstitut sich bewährt habe und ob es hinreichend die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse vorausgesehen habe. Besonders bafeste sich der Referent mit dem Vorwurf, dass das Institut in seinen Prognosen die augenblickliche Krisis nicht vorher gesehen habe. Professor Lepiński wies nach, dass die Prognosen des Instituts richtig und durch die tatsächlichen Ereignisse bestätigt worden wären. Hinsichtlich der Krisis stellte er fest, dass das Institut wenigstens in der augenblicklichen Situation keine Kennzeichen einer Krisis erblickte. Es sei lediglich ain Rückgang erfolgt, hervorgerufen durch eine über die vorhandenen Kapitalvorräte hinaus gehende Produktionsvergrösserung in der Zeit vorher. Dieses Uebermass an Investitionen, die von der inländischen Kaufkraft finanziert worden seien, hätte (schliesslich gemeinsam mit den wirtschaftlichen Folgen des ungewöhnlich starken Winters) durch den Zeitraum einer finanziellen Spannung zu einen bestimmten Kojunkturrückgang geführt.

Professor Krzyżanowski beschränkte das Thema seines Referates auf das Problem Konjunktur und Kapitalisierung. Er gab eine Charakteristik der augenblicklichen Situation der Stabilisierung als einer Abkehr vom Verlauf der Inflationskrisen. Professor Krzyżanowski wies auf die nach dem Kriege bestehenden ungünstigen Konjunkturen hin, wie z. B. die Krisis der Landwirtschaft und der qualifizierten Arbeit. Im Wirtschaftsleben überwiegen jedoch bei einer Reihe besonderer Konjunkturen immer bestimmte Konjunkturen, die dem Leben ein bestimmtes günstiges oder ungünstiges Kennzeichen aufdrücken. Deshalb kann man nicht nur von besonderen Konjunkturen sondern auch von einer allgemeinen Konjunktur sprechen.

Professor Krzyżanowski stelte fest, dass die Entwicklung der Konjunktur in engem Zusammenhang stehe mit den Erscheinungen der Rentabilität und Kapitalisierung, wobei die Rolle eines das Wirtschaftsleben regulierendes Mittels, der Zinsfuss, spiele; die Schwankungen der Prozentsätze standen in engem Zusammenhang mit den Schwankungen der Rentabilität. Die Grundlagen für eine Prognose seien die Schwankungen des Zinsfusses, selbstverständlich des am Geldmarkt notierten.

In einer weitgehenden Diskussion erweckten besondere Beachtung die Vorträge von Professor Heydel und Professor Lewiński, sowie die Repliken der Referenten.

Der letzte Tag der Tagung war dem Problem der Kartellisierung gewidmet. Referate hatten übernommen die Herren: Minister H. Gliwic. Die Tendenz der Rationalisierung und Kartellisierung in der Weltwirtschaft, Professor L. Caro — Staatliche und zwischenstaatliche Kartelle, Dr. F. Zweig — Die Kartellisierung der polnischen Industrie, Professor St. Biedrzycki — Die Rationalisierung in der Landwirtschaft.

Minister Gliwic besprach die Grundlagen und Typen der internationalen Verständigungen und beleuchtete die Entwicklung der internationalen Kartellbewegung nach dem Kriege sowie den Anteil Polens daran. Er behandelte die Schwierigkeiten, die mit der Gründung und der Tätigkeit der internationalen Kartelle verbunden sind und wies auf ihre Rolle und Bedeutung hin.

Professor Caro betonte, dass heute die gesamte Produktion der Welt nach einer Konzentration strebte. Die Stelle der freien Konkurrenz, die zu katastrophalen Erschütterungen geführt habe augenblicklich das Monopol eingenommen und die Hälfte des Weltkapitals sei in den Händen von Syndikaten und Trusten. Die Kartelle besassen eine ganze Reihe von Nachteilen und bildeten verschiedene Gefahren wirtschaftlicher, sozialer u. politischer Natur. Deshalb habe sogar die internationale Wirtschaftskonferenz in Genf es für notwendig erachtet, dass die Kartelle der Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung unterworfen wurden und zwar mit Rücksicht auf die Gefahr der Monopolisierung der Produktion und des Preisdiktats. Aber dies genügt nach Ansicht von Professor Caro nicht; die Kartellgesetze gingen und müssten noch viel weiter gehen. Professor Caro behandelte die Grundlagen der Kartellgesetze, die augenblicklich in Kraft sind, sowie die Richtlinien, die das polnische Kartellgesetz berücksichtigen musste.

An die Referate schloss sich eine lebhafte Diskussion, an der sich u. a. die Herren: Battaglia, Ivanka, Zieleniewski, Heydel, sowie die Referenten beteiligten.

Obwohl die Tagung nicht hinreichend beschickt werden konnte (vor allem fehlte noch eine Reihe von Wirtschafaftswissenschaftlern) so nahm sie trotzdem einen guten Verlauf und erzielte überaus günstige Ergebnisse. Die dreitägigen, arbeitsreichen Beratungen tragen unzweifelhaft zu einer besseren Beleuchtung der heute am meisten aktuellen Probleme des polnischen Wirtschaftslebens bei und vertieften das Verständnis dafür, dass das Wirtschaftsleben fest auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut sein muss.

Danziger Wirtschaftsbrief

von Dr. Hermann Steinert.

Die neue Danziger Regierung hatte eine Förderung der Wirtschaft in Aussicht gestellt und auch zu Anfang des Jahres einen kleinen Ansatz zum Steuerabbau durch Beseitigung einer ganz kleinen Steuer gemacht. Nun aber hat sich das Bild wieder ganz anders gestaltet. Statt der Aenderung der Finanzpolitik des Staates, die man nach dem endlich erfolgten Wechsel des Finanzsenators erwartete, bleibt alles beim alten. Aber es bleiben nicht nur die bisherigen Steuern, es unterbleibt nicht nur die schon lange versprochene Aufhebung der Umsatzsteuer, sondern es kommt sogar eine erhebliche Steuererhöhung. Anstatt endlich einmal den Staatshaushalt nach den Einnahmen, die vorhanden sind, zu gestalten, hat man wieder einfach die Ausgaben um volle 10 Mill. Gulden erhöht und dafür die Wirtschaft mit einer Steuererhöhung von 10—15 Proz. beglückt. Dass dieses auf die Dauer durch Zusammenbruch weiterer Firmen und Abwanderung von kapitalkräftigen Unternehmern für Danzigs Gesamtwirtschaft schwere Folgen nach sich ziehen muss, liegt auf der Hand. Die erfolgreiche Konkurrenz von Gdingen beruht nicht zum wenigsten auf den niedrigen Steuern und sonstigen Lasten, die der Unternehmer dort findet.

Dass die Danziger Wirtschaft von einer Gesundung weit entfernt ist und die bisherigen Lasten nicht tragen kann, beweisen zur Genüge die Jahresabschlüsse der Danziger Aktiengesellschaften. Wirklich rentabel sind im Jahre 1928 wieder nur die Banken gewesen, deren übermässige Zinssätze dadurch zur Genüge bewiesen sind. Die Bankdividende beträgt durchschnittlich etwa 8 Proz., was keine andere Wirtschaftsgruppe aufweisen kann. Im übrigen haben von 67 Aktiengesellschaften, die bisher ihre Abschlüsse für 1928 veröffentlichten, 27 überhaupt einen Gewinn aufzuweisen, weit über die Hälfte aller Unternehmungen arbeiten seit einer Reihe von Jahren mit Verlust. Ganz besonders auffallend ist

Deutsch-polnische Presseverständigung

Die deutsche Gruppe des Verbandes ausländischer Berichterstatter in Warszawa und der Verein der polnischen Pressevertreter in Berlin haben in ihren am 17. Juni abends gleichzeitig abgehaltenen Vollversammlungen folgenden Beschluss gefasst:

1. Gemäss den Grundsätzen der Freiheit der Presse und der Berichterstattertätigkeit der ausländischen Korrespondenten sprechen sich die deutsche Gruppe des Verbandes ausländischer Berichterstatter in Warszawa und der Verein der polnischen Pressevertreter in Berlin entschieden gegen die Anwendung polizeilicher administrativer Repressivmassnahmen gegenüber Auslandsberichterstattern aus.

2. Die deutsche Gruppe des Verbandes der Auslandsberichterstatter in Warszawa und der Verein der polnischen Pressevertreter in Berlin — weit entfernt davon, das Recht der Auslandsberichterstatter auf mitunter schärfste Kritik der Verhältnisse und der Faktoren des Landes, in dem die betreffenden Berichterstatter beruflich beschäftigt sind, einzuschränken — wenden sich an ihre Mitglieder mit dem Appell, in ihrer publizistischen Berichterstattungstätigkeit durchaus Meldungen zu vermeiden, die als Beleidigung des anderen Volkes oder auch der Vertreter der Regierung des anderen Volkes wirken können.

3. Erfüllt von der beruflichen und politischen Verantwortlichkeit der Auslandsberichterstatter gegenüber der öffentlichen Meinung ihres Landes und im Bewusstsein der bedeutsamen Rolle der Presse bei der Gestaltung der Beziehungen ihrer beiden Länder, geben die beiden Berufsorganisationen ihrer Ueberzeugung Ausdruck, dass die Organisierung einer Konferenz von Vertretern der deutschen und polnischen Presse, die es sich zur Aufgabe setzen soll, die deutsch-polnischen Beziehungen zu erörtern, erwünscht und angezeigt wäre.

---

angesichts des lebhaften Seeverkehrs die ungünstige Lage der Speditions- und Lagereigesellschaften, die sämtlich ohne Gewinn arbeiten. Die grösste Danziger Lagereifirma Wieler & Hardtmann A.-G. musste sogar unter Verlust ihres ganzen Aktienkapitals saniert werden. Man sieht daraus, dass der Hafenverkehr an sich keineswegs gute Verdienstmöglichkeiten gewährt. Dass aber auf die Dauer kein Unternehmen mit Verlust arbeiten kann, dürfte klar sein. Eine Besserung ist in erster Linie nur durch Ermässigung der staatlichen Lasten möglich.

Der Hafenverkehr hat sich nach Beendigung der Eisperiode im April stark belebt. Der Eingangsverkehr des April war mit 390.400 Tons etwas grösser als im April des Vorjahres. Nach der zwei Monate langen Eissperre hätte man allerdings wieder grössere Fortschritte erwarten können. Die Kohlenausfuhr im April betrug 461.000 t gegenüber 401.000 im April des Vorjahres; im Mai wurden rund 500.000 t Kohlen ausgeführt, auch etwas mehr als im Vorjahre. Während aber im April des Vorjahres die Ausfuhr über Gdingen nur ein Viertel von der über Danzig ausmachte, beträgt diesmal im April die Ausfuhr über Gdingen mit 216.000 t die Hälfte von der über Danzig. Die Holzausfuhr war wesentlich kleiner als im Vorjahre, die Zuckerausfuhr nur wenig grösser. Etwas lebhafter war allerdings die Ausfuhr von Getreide, da sich grössere Vorräte an Gerste in der Eisperiode angesammelt hatten. Die Möglichkeit zu einer starken Belebung des Hafenverkehrs ergibt sich durch die inzwischen erfolgte Eröffnung des neuen Hafenbeckens. Dieses ist mit den modernsten Umschlagvorrichtungen für Kohlen und Erze ausgestattet. Man konnte dort kürzlich einen Kohlendampfer von 3.000 t an einem Tage beladen, was den besten Leistungen in den englischen Häfen entspricht. Die Erzeinfuhr war hauptsächlich dank der neuen Einrichtung im April mit 106.000 t grösser als jemals früher.

Die Weichselschiffahrt setzte ebenfalls Anfang April wieder ein und war überraschend lebhaft, da noch grössere Mengen Zucker aus der Bromberger Gegend auf der Weichsel stromab kamen. Die Kohlenverschiffungen nach Ostpreussen auf dem Binnenwasserweg haben auch wieder eingesetzt, werden aber in diesem Jahre nicht so lebhaft werden wie im vorigen, weil der Hafen in Dirschau darin Danzig Konkurrenz bietet. Man hat nämlich im April damit begonnen, Kohlen in Dirschau auf Kähne nach Ostpreussen umzuschlagen.

In den verflossenen Monaten ist im allgemeinen der Getreidehandel in Danzig durch eine lebhafte Gerstenausfuhr ziemlich gut beschäftigt gewesen. Es sind in der Getreidesaison 1928-29 bisher bereits über 100.000 t Gerste über Danzig ausgeführt worden, mehr als doppelt so viel als in der vorhergehenden Saison. Dafür ist allerdings die Einfuhr von Getreide wesentlich geringer als im Vorjahre. Sie hat sich auf bescheidene Mengen Weizen beschränkt. Im April und Mai fand auch eine Ausfuhr von mehreren tausend Tonnen Roggen statt, wobei es sich zum Teil um polnischen, zum Teil auch um pommerschen Roggen handelte. Von einer grösseren Roggenausfuhr aus Polen ist bisher allerdings noch nichts zu merken gewesen.

Weniger erfreulich ist nach wie vor die Lage im Holzhandel. Die Holzausfuhr hat sich natürlich zum Frühjahr etwas belebt, was aber zum grossen Teil die Nachwirkung der Eissperre ist. Im April wurden nur 44.500 t Holz ausgeführt, halb so viel wie im April des Vorjahres, im Mai etwas über 50.000 t. Diese Mengen reichen längst nicht aus, um die vorhandenen Holzumschlaganlagen und Lagerplätze voll auszunutzen. **Eine grosse Reihe von Holzfirmen hat Danzig verlassen.** Z. Zeit ist zwar die Nachfrage aus England und Holland nach Schnittholz ziemlich lebhaft, doch handelt es sich meist nur um kleine Partien. Mit einer wesentlichen Belebung des Holzmarktes ist vorläufig nicht zu rechnen. Die Danziger Preise sind zu hoch, was zum Teil an den hohen polnischen Holzpreisen liegt, zum Teil auch an den hohen Umschlagkosten. Der westeuropäische Interessent kann im allgemeinen in Riga und Finnland billiger einkaufen als in Danzig.

Günstiger ist das Geschäft im Heringshandel, der eine recht gute Saison hinter sich hat. Die Einfuhr blieb bis in die letzte Zeit lebhaft, die Preise sind im ganzen besser als im vorigen Jahr. Ausser nach Polen handelt Danzig auch in grösserem Umfange Salzheringe nach Litauen.

In der Industrie ist die Beschäftigung in den letzten Monaten ziemlich günstig gewesen. Bei der Schiffbauindustrie ist das Bild ungleichmässig. Die Schichau-Werft hat seit Monaten langsam Arbeiter entlassen müssen, da ihr Auftragsbestand zu Ende ist. Seit über einem Jahr hat sie keinen neuen Auftrag hereinholen können. Dafür ist die Danziger Werft recht gut beschäftigt. Sie konnte in diesem Jahre bereits einen Frachtdampfer für Norwegen abliefern und einen weiteren für Norwegen zu Wasser lassen. Die Werft von Klawitter hat kürzlich nach einer Reihe von Jahren wieder ihren ersten grösseren Neubauauftrag erhalten. Es handelt sich dabei um einen Dampfer für die russische Schiffahrt im nördlichen Eismeer, und zwar ein 68 m langes Schiff mit einer Maschine von 1100 PS., das Passagiere und Fracht befördern soll. Der Baupreis beträgt rund 1,7 Mill. Gulden, also ein erfreuliches Objekt. Die Russen haben auch noch weitere Aufträge in Aussicht gestellt. Man begrüsst diese Wiederanknüpfung der Schiffbaubeziehungen mit Russland sehr freudig, wurden doch früher regelmässig in grösserem Umfange von Danziger Werften Neubauten für Russland geliefert.

Die Bauindustrie wird in diesem Jahre wieder leidlich beschäftigt sein, wenn auch öffentliche Bauten nicht ganz in gleichem Umfange wie im Vorjahre in Frage kommen. Immerhin sind für öffentliche Bauten etwa 4—5 Mill. vorgesehen, während die private Bautätigkeit etwa den doppelten bis dreifachen Wert investieren wird. Vom vorigen Jahre befindet sich noch eine grosse Anzahl von Wohnhäusern im Bau. Es sind Beihilfen für 556 neue Wohnungen bereits zugesagt, während noch weitere 550 Wohnungen wahrscheinlich finanziert werden können. Immerhin nimmt man an, dass der Bedarf an Ziegeln in diesem Jahre um etwa 10 Proz. niedriger sein wird als im vorigen.

Die Nahrungsmittelindustrie ist im allgemeinen gut beschäftigt gewesen, der Absatz nach Polen lässt allerdings in der letzten Zeit etwas nach. Die Metallindustrie ist mit Aufträgen gut versehen.

Die Geldknappheit hat sich in den letzten Monaten in Danzig wieder verschärft. Ein äusseres Zeichen für die angespannte Lage ist die Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von Danzig von 6 auf 7 Proz. Auch die privaten Banken haben ihre Zinssätze wieder erhöht. Das drückt naturgemäss auf die gesamte Wirtschaftslage, die daher im ganzen weniger günstig ist als im Vorjahre. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist ja immer noch erheblich grösser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das erklärt sich zum Teil auch durch die ungünstigere Wirtschaftslage in Polen, die ja auf Danzig immer bald Rückwirkungen äussert. Trotzdem ist der Wohlstand in Danzig noch gewachsen, wie sich aus der Zunahme der Spareinlagen erkennen lässt. Sie sind von Ende 1928 bis zum 1. April 1929 bei der Stadtsparkasse in Danzig von 26,9 auf 29,1 Mill. G. gewachsen. Sonst aber kann wohl von wirtschaftlichen Fortschritten in der letzten Zeit kaum die Rede sein.

Verbandsnachrichten

Wie wir in Nr. 30 vom 22. Juni cr. mitgeteilt hatten, fand am 18 d. Mts. eine Sitzung des Verbandes der Handwerksinnungen der Wojewodschaft mit sämtlichen Wirtschaftsverbänden Oberschlesiens zwecks Besprechung der allgemeinen Wirtschaftslage statt. Der Verband der Handwerksinnungen hat beschlossen, in sämtlichen Städten der Wojewodschaft Versammlungen einzuberufen, zwecks Erörterung der allgemeinen Wirtschaftslage und Vornahme der notwendigen Massnahmen, die zur Milderung und Entspannung der Wirtschaftskrisis führen sollen. Insbesondere soll in jeder Stadt eine Resolution gefasst werden, bezüglich der unbedingten und sofortigen Vornahme der Steuerreform. Zu diesem Zwecke wurde ein Organisationskomitee gewählt, das über die weiteren Schritte in dieser Hinsicht zu beraten und die Resolution festzusetzen hat. Am 26 d. Mts. fand die Sitzung des Organisationskomitees statt, das diese Resolution bearbeitete und fasste.

Ausserordentliche Generalversammlung der „Alkohol" vom 25. Juni.

Der Vorsitzende, Herr Bach, eröffnete die Sitzung und teilte mit, dass Herr Dr. Lampel vom Gericht als Liquidator der „Alkohol" e. G. m. b. H. ernannt worden sei und das Amt angenommen habe.

ad 2 wurden die Satzungen der „Alkohol" als eingetragener Verein paragraphenweise vorgelesen und einstimmig angenommen.

ad 3. erfolgte die Wahl des Vorstandes, und es wurden einstimmig Herr Bach zum I. Vorsitzenden, Herr Kopiec zum stellv. Vorsitzenden und die Herren Alfred Glücksmann i/Fa. Hageka, Katowice, Leopold Matzdorf i/Fa. Silberberg & Sohn, Mysłowice, Glomb i/Fa. Soblik i Ska. Rybnik, August Mutz i/Fa. Meisner Ponietzki, Król. Huta, Karl Mutz, Szarlej, als Beisitzer gewählt. Die anwesenden Heren haben die Wahl angenommen.

ad 4 wurde der Kasenbericht für 1927 angenommen. Weiterhin Internes.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen New York notierten 8.90. Europäische Devisen unverändert. Zwischen den Banken zahlte man für Devisen Berlin 212,50 und für Devisen Danzig 172,96. Auf der Privatbörse notierte der Dollar 8,88½, der Goldrubel 4.59 und der Sowjet Czerwoniec 1,85 Dollar.

Auf dem Aktienmarkt Tendenz uneinheitlich, Umsätze gering. Von Aktien stieg Modrzejów von 23.00 auf 23.25, gesunken sind dagegen die Aktien Lilpopy von 5%-ige Dollarprämienanleihe fester, die von 63,50 auf 29.00 auf 28,50. Von staatlichen Papieren war die 63,75 stieg. Gesunken ist die 4%-ige Investitionsprämienanleihe von 106,00 auf 105.50.

Auf der Nachmittagsbörse notierten: Bank Polski 163,25, Lilpopy 29,00, Rudzki 28.00, Węgiel 70.00, Żyrardów 11,00, Starachowice 25,75, Modrzejów 23,25.

1) Devisen:

London 43.23—43,34 — 43,13, New York 8.90 — 8,92 — 8.88, Paris 34,88 — 34,97 — 34,80, Prag 26,41 — 26,48 26,35, Schweiz 171,65 — 172.08 — 171,22 Italien 46,66 — 46,78 — 46,54, Wien 125,30 — 125,61 — 125,00.

2.) Wertpapiere:

6%-ige Dollaranleihe aus dem Jahre 1920 — 83.50, 10-proz. Eisenbahnanleihe 102,50, 5-proz. Konvertierungsanleihe 59,00, 4½-proz. Bodenpfandbriefe 49,00, 4½-proz. Pfandbriefe der Stadt Warszawa 46,00, 8-proz. Pfandbriefe der Stadt Warszawa 66,15 — 66,25, 4-proz. Investitionsprämienanleihe 106,50 — 105,50, 5-proz. Prämienanleihe 63,00 — 64,00 — 63,75.

3.) Aktien:

Bank Dyskontowy 126.00, Bank Polski 163,25, Bank Zw. Sp. Zarobk. 78,50, Lilpopy 28,75 — 29,00, Modrzejów 23,25, Starachowice 25,75, Cegielski 36.75, Zieleniewski 120,00.

Bilanz der Bank Polski.

Die Bilanz der Bank Polski für die zweite Junidekade weist eine Erhöhung der Goldvorräte um 643.000 Zł. auf (625,6 Millionen Zł.), Geld und ausländische Verpflichtungen gingen um 5,3 Millionen Zł. zurück (513,9 Milionen Zł.). Das Wechselportefeuille verringerte sich um 11 Millionen Zł. (721,9 Millionen Zł.). Sofort fällige Verpflichtungen (562.5 Millionen Zł.) und der Umlauf an Banknoten (1.170,4 Millionen Zł.) gingen insgesamt um 7 Millionen Zł. bis zur Summe von 1.732,9 Millionen Zł. zurück. Andere Positionen unverändert.

Weitere Verhandlungen in der Angelegenheit der Zentral-Boden-Bank.

Am 24. d. Mts. reiste der Vicedirektor des Geldumlaufdepartaments im Finanzministerium, Broniewski, nach Paris. Der Zweck seiner Reise ist die endgültige Festlegung einiger Bestimmungen der Statuten, die in Warszawa zwischen den Vertretern des Finanzministeriums und den interessierten Institutionen für landwirtschaftlichen Kredit erörtert und angenommen wurden.

Rapport Dewey's für das II. Quartal.

Die Arbeiten des Finanzberaters bei der polnischen Regierung, Charles S. Dewey's, an dem Bericht über die Wirtschaftslage Polens für das II. Quartal sind fast beendet. Man nimmt an, dass der Bericht in der 2. Hälfte des Monats Juli in 3 Sprachen und zwar polnisch, englisch und französisch, erscheinen wird.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Kampf gegen den Import von Auslandswaren.

Wie wir erfahren, besteht im Finanzministerium die Absicht, gegen den Import von ausländischen Waren eine energische Aktion einzuleiten. Insbesondere sollen gegenüber denjenigen Firmen Massnahmen getroffen werden, die ausländische Waren einführen, die sich durch inländische Waren ersetzen lassen.

Rückgang der Ausfuhr von ungehörntem Vieh nach Oesterreich.

Wiener Pressemeldungen zufolge ist die Einfuhr von Schlachtvieh in der letzten Zeit infolge des heissen Wetters und der verschärften veterinären Vorschriften zurückgegangen. Statt der mit dem polnischen Syndikat vereinbarten 25 Waggons sind nur 10 Waggons angekommen. Die Wiener Viehhändler sollen in den nächsten Tagen bei der Regierung intervenieren.

Butter- und Eierexport.

Der Export dieser beiden Artikel steht im allgemeinen unter sehr günstigen Verkaufsbedingungen auf den Auslandsmärkten. In den ersten vier Monaten 1929 wurden 3.120 Tonnen Butter für 18,9 Millionen Zł. und in der gleichen Zeit des Vorjahres 2.705 Tonnen für 16,3 Millionen Zł. ausgeführt. In den gleichen Zeitabschnitten wurden 6.807 Tonnen Eier für 18,1 Millionen Zł. und 14.030 Tonnen für 39,1 Millionen Zł. ausgeführt.

Drei polnisch-deutsche Verträge.

Der Staatsrat in Berlin nahm am 22. d. Mts. 3 polnisch-deutsche Verträge an und zwar: das Valorisierungsabkommen, das Abkommen über Sparkassen, sowie ein Abkommen betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse der deutschen Pfandleihanstalten in Poznań.

Hafenbetrieb in Gdynia.

Der Schiffsverkehr in Gdynia überschritt im Mai d. Js. alle bisherigen Umsätze sowohl auf der Einfuhr-, als auch auf der Ausfuhrseite. Im Hafen liefen 152 Schiffe von einer Gesamttonnage von 141.000 Registertonnen ein, die insgesamt 45.000 Tonnen verschiedener Waren mitbrachten. Aus Gdynia sind 149 Schiffe von einer Gesamttonnage von 133.000 Tonnen ausgelaufen, die 1.836 Passagiere und 243.000 Tonnen Güter, darunter 241.000 Tonnen Kohle und 1.600 Tonnen Zucker aufnahmen.

Investitionen im Hafen Gdynia.

Die Investitionsarbeiten im Hafen Gdynia werden im raschen Tempo fortgesetzt. Für den Hafenbau sind weitere 30 Millionen Zł. zur Verfügung gestellt worden. Das gleiche Arbeits-Tempo ist bei dem Bau der neuen Eisenbahnlinie Oberschlesisches Bergrevier — Gdynia festzustellen. Für den Bau dieser Linie sind 20 Millionen Zł. zur Verfügung gestellt worden. Das Seedepartement beabsichtigt ferner, für Gdynia zwei neue Schlepper und einen Eisbrecher zu erwerben.

Telephonkabel Warszawa — Łódź.

Der Minister für Post- und Telegraphenwesen, Ing. Boerner, unterzeichnete mit einer Reihe von Privatfirmen einen Vertrag betreffend den Bau des ersten Telephonkabels in Polen zwischen Warszawa und Łódź. Der Bau soll noch in diesem Jahre beendet werden.

Autobusverkehr in Oberschlesien.

Am 24. ds. Mts. fand im schlesischen Wojewodschaftsamt eine Konferenz statt, die zur Gründung eines Verbandes der schlesischen Selbsverwaltungskörper führte. Der Verband bezweckt die Einführung eines Personen- u. Güter-Autobusverkehrs im Bezirke der Wojewodschaft Schlesien. Das Gründungskapital der neu geschaffenen Aktiengesellschaft „Śląska Linja Autobusowa" beträgt über ½ Mill. Zł.

Aufnahme einer polnischen Telephonanleihe in Schweden.

Die Polnische Telephon-A.-G. hat mit schwedischen Grossbanken eine Uebereinkommen wegen Auflegung einer sechsprozentigen Anleihe in der Höhe von 100 Millionen schwedischen Kronen abgeschlossen; die Anleihe wurde laut Pressemeldungen stark überzeichnet.

Inld. Märkte u. Industrien

Harriman schreitet an die Erweiterung der in Oberschlesien erworbenen Werke.

Die vor einem Jahre begonnenen Verhandlungen durch die Firma W. A. Harriman & Co. in New-York betreffend die Anlegung eines Teils der Kapitalien in der oberschlesischen Eisenindustrie führten zu der Gründung einer Gesellschaft unter dem Namen „Consoldated Silesien Corporation", an der auch andere New-Yorker Banken beteiligt sind.

Wie die Agencja Press mitteilt, wird das Kapital dieser neuen Gesellschaft sich aus 300.000 bevorzugten Aktien ohne Nennwert und aus 1.250.000 gewöhnlichen Aktien mit Stimmrecht zusammensetzen.

Diese Gesellschaft erwarb die Mehrheit der Aktien der Bismarckhütte, der Kattowitzer Aktienges., sowie der Vereinigten Königs- u. Laurahütte. Die Gesellschaft führt gegenwärtig Verhandlungen mit den übrigen Aktionären, um ihren Einfluss noch zu erweitern.

Man beabsichtigt, eine Anleihe für die oberschlesischen Werke aufzunehmen, sofern sich die Bedingungen auf dem amerikanischen Geldmarkt gebessert haben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist W. A. Harriman. Aufsichtsratmitglieder sind: Percy Rockefeller, George T. Franklin (von der Firma Cetton and Franklin), F. A. Goodhue („International Acceptance Bank"), P. N. Paul (Stellvertreter Vorsitzender der Fa. J. Henry Schröder Trust Co.), G. H. Walker, Vorsitzender der Firma Harriman sowie Irving Rossi, stellvertretender Vorsitzender dieser Firma.

Die Harriman-Gruppe beabsichtigt nicht, die bisherigen Besitzer völlig auszuschliessen, sondern will mit diesen zusammenarbeiten und die Werke erweitern.

Investitionen in Schlesien.

Am 27. ds. Mts. traf in Schlesien der Viceminister für öffentliche Arbeiten, Ing. Górski, an, der an der Submission betreffend den Bau der staatlichen Wasserwerke in Maczki teilnehmen wird. Unmittelbar darauf wird mit dem Bau entsprechend dem Projekt des Prof. Rosłoński begonnen werden, der etwa 2 Jahre dauern wird. Für diesen Zweck sind 15 Millionen zur Verfügung gestellt worden.

Warschauer Getreidebörse.

Roggen 28,00 — 28,25, Weizen 47,00 — 48,00, Hafer 28,00 — 29,00, 65-prozentiges Weizenmehl 70,00 bis 75, 70-proz. Roggenmehl 42,00—43.00, Weizenkleie 18,00 — 19,00, Roggenkleie 16,50 — 17,50.

Die Brotpreise in den einzelnen Städten Polens.

Die Brotpreise in den einzelnen Städten Polens stellen sich je kg. wie folgt dar: Warszawa, Katowice, Mysowice und Gdynia 48 Gr., Wilno, Baranowice, Borysław, Kraków, Radom — 47 Gr., Brześć a/Bug, Sosnowiec, Tarnopol — 46 Gr., Łuck, Stanisławów, Kałusz, Lwów, Żyrardów, Łódź, Piotrków, Toruń, Grudziądz — 45 Gr., Lublin, Kielce — 44 Gr., Włocławek, Częstochowa, Poznań, Bydgoszcz — 42 Gr., Równo, Białystok — 40 Gr.

Herabsetzung der Brotpreise.

Die Roggenpreise gehen auf dem Inlandsmarkt ständig zurück, während die Brotpreise nicht im gleichen Umfang sinken. Angesichts dessen wandte sich das Innenministerium an alle Wojewoden und den Regierungskommissar in Warszawa mit einer Verfügung, die ihnen untergebenen Behörden auf die Notwendigkeit der Herabsetzung der Brotpreise entsprechend den Mehl- oder Roggenpreisen aufmerksam zu machen.

Erschwerte Exeku'ion bei protestierten Wechseln

„Przemysł und Handel" Nr. 25 schreibt:

„Aus der Statistik ist zu ersehen, dass die Zahl der protestierten Wechsel in den letzten Monaten in ganz Polen, besonders in Warszawa, bedeutend gestiegen ist. Ein derartiger Zustand wirkt sich selbstverständlich auf die Tätigkeit der Gerichte aus, an die sich die Besitzer protestierter Wechsel zwecks zwangsmässiger Eintreibung der darauf beruhenden Verbindlichkeiten wenden. Wie bekannt, wird im Gebiete des ehemaligen Russisch-Polens im Sinne des Art. 161 und nachfolgenden des Gesetzes über das Zivilverfahren ein Wechsel, der im Verlaufe eines Nichtstreitverfahrens protestiert worden ist, vom Gericht mit einer sogenannten Exekutionsklausel versehen, die ein Auftrag zur zwangsweisen Einziehung darstellt, womit sich die interessierte Partei direkt an den Gerichtsvollzieher zwecks Durchführung der Exekution wendet. Die Schnelligkeit der Wechselexekution ist ein überaus wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben, die zur Erhöhung des Wechselwertes als eines Kreditmittels beiträgt. Normalerweise dauerte die Erlangung der Exkutionsklage 2—3 Tage, und dies war auch z. B. in Warszawa noch in den ersten Monaten dieses Jahres die Regel. Seit dieser Zeit hat sich jedoch vieles geändert. Die Zahl der Anträge auf Erteilung einer Klausel wuchs im Kreisgericht in Warszawa im Vergleich mit dem Stande von Januar bis Februar d. Js. auf das Dreifache. Da nun die Zahl der dieser ungewöhnlich wichtigen Gerichtsabteilung zugewiesenen Richter unverändert blieb, und das zuständige Kanzleipersonal ebenfalls keine Zunahme erfuhr, gestaltete sich die Situation sehr schwierig, zumal trotz grösster Anstrengungen des Richters für nicht stittige Fragen uund des ihm unterstellten Amtspersonals die Ausstellung einer Exekutionsklausel in Warszawa und zweifellos auch in den übrigen wirtschaftlichen Zentren nicht mehr 2—3 Tage, sondern 10 und mehr Tage dauerte. Auf diesen anormalen und schädlichen Zustand lenken die zuständigen Faktoren die Aufmerksamkeit aller und wenden entsprechende Hilfsmittel an".

Wie wir wissen, wächst die Anzahl der Wechselproteste, was immer beunruhigender wirkt. Obwohl wir selbstverständlich die Ansicht teilen, dass die Anzahl der zugewiesenen Richter unbedingt vergrössert werden muss, um den anormalen Zustand aus der Welt zu schaffen, halten wir es als notwendiger und brennender, entsprechende Massnahmen zu treffen, um überhaupt eine Entspannung der Wirtschaftskrise herbeizuführen.

Gegen die Erhöhung des Eisenbahntarifs

Die Industrie- und Handelskammer in Warszawa machte die Regierung auf die Vertagung der beabsichtigten Erhöhung des Warentarifs bis zu einer Zeit, in der sich die Wirtschaftskonjunktur wieder gebessert hat, aufmerksam. Diese Notwendigkeit ergibt sich in erster Linie aus dem Grunde, weil eine solche Erhöhung die gegenwärtige finanzielle Spannung, die das Wirtschaftsleben charakterisiert, noch mehr verschärfen würde.

Die beabsichtigte Erhöhung des Warentarifs soll den Güterverkehr mit einem Betrage von 160 Millionen Zł. belasten, was 10,8 Proz. des gesamten Geldumlaufs im Monat Februar dieses Jahres ausmacht. Eine derart hohe Belastung des Wirtschaftslebens würde selbst während einer günstigen Konjunktur schädliche finanzielle Folgen nach sich ziehen und das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung hemmen. Die Anwendung der geplanten Tarifskala in einer Zeit des wirtschaftlichen Rückganges ist eine grosse Gefahr, die zur einer Krisis führen kann. Hätte die finanzielle Spannung einen saisonmässigen oder wenigstens lokalen Charakter, so könnte man darüber hinweggehen. Die gegenwärtige Knappheit auf unserem Geldmarkt liegt jedoch nicht ausschliesslich in der Sphäre unserer lokalen Bedingungen, sondern stellt sich vielmehr als eine Reaktion der allgemeinen Geldknappheit auf den mitteleuropäischen Märkten dar, die in hohem Masse von den amerikanischen Krediten abhängig sind, auf die in nächster Zukunft nicht zu rechnen sei.

In Deutschland wurde der Warentarif im vergangenen Jahre in einer Zeit der wirtschaftlichen Belebung um nur 11 Proz. erhöht während man bei uns während einer Krisis eine 18-proz. Erhöhung plant. Diese 11-proz. Erhöhung des Warentarifs in Deutschland machte 200 Millionen Rm. aus, das sind 4.5 Proz der Reichsbankemission (September 1928 4.830 Millionen Rm.), während bei uns bei einer Emission der Bank Polski von 1.333 Millionen Zł. im März dieses Jahres die Tariferhöhung 12 Proz. dieser Emission verschlingen soll, in einer Zeit, in der die Bank durch Erhöhung des Diskontsatzes die Herabsetzung der Emission anstrebt.

Es ist zuzugeben, dass der polnische Tarif nicht sehr hoch ist und über kurz oder lang erhöht werden muss; man muss sich aber auf den Standpunkt stellen, dass zur Durchführung dieser Operation ein geeigneter Zeitpunkt gewählt werden muss. Dazu eignet sich keinesfalls die gegenwärtige Zeit, in der das Tempo des Wirtschaftslebens immer schwächer wird. Ausserdem müsste entsprechend dem Grundsatz, dass das Wirtschaftsleben keine gewaltigen Aenderungen aushält, die Anpassung des Warentarifes an die Investitions- und Renovationsbedürfnisse der Eisenbahn stufenmässig sein, um irgendwelche Erschütteungen im Wirtschaftsleben zu vermeiden.

Steuern/Zölle/Verkehrs-Tarife

Aufhebung der Beschränkungen für Weizenvermahlung.

Mit Gültigkeit vom 21. Juni cr. ab ist das Verbot der Vermahlung von Weizen in helleres Mehl als 65 Proz. der Vermahlung sowie das Verbot des Verbrauchs solcher Mehlsorten, die Industrieanstalten zur Verarbeitung und zum Verbacken aller Art dienen, aufgehoben worden.

Vorläufiger Handelsvertrag mit Griechenland.

Nach erfolgtem Notenaustausch zwischen der griechischen Gesandschaft und dem polnischen Aussenministerium ist der am 31. Mai d. Js. abgelaufene vorläufige polnisch-griechischer Handelsvertrag bis zum 31. Juli d. Js. verlängert worden. Auf Grund dessen werden die polnischen Waren weiterhin unter Zugrundelegung der minimalen Zollsätze in Griechenland verzollt werden, die griechischen Waren unter Zugrundelegung der normalen Zölle in Polen. Konventionalsätze sind im Vertrage nicht enthalten.

Neuer litauischer Zolltarif.

Ga. Am 3. Juni 1929 trat der neue litauische Zolltarif in Kraft. Das System des Tarifs ist dasselbe geblieben, wie früher und ebenso blieben alle Verordnungen des Finanzministeriums zum früheren litauischen Zolltarif in Kraft. Einige Zollsätze erfuhren eine Ermässigung wie z. B. diejenigen für landwirtschaftliche Maschinen. Der grösste Teil jedoch wurde bedeutend erhöht. Die litauischen Wirtschaftskreise halten einige Erhöhungen als rein fiskalisch begründet wie z. B. die Erhöhung des Zollsatzes für Reis und Kaffee. Es überwiegen jedoch Gründe des Zollschutzes wie z. B. bei Eisenguss, Textilwaren und dergl. Die Erhöhung des Zollsatzes für Zucker um 50 Proz. soll die Gründung einer Zuckerindustrie in Litauen selbst fördern. Um die gleiche Höhe wurden die Zölle für Kohle und Naphthaprodukte erhöht. Im allgemeinen kann man feststellen, dass die litauischen Zollsätze für Waren polnischen Ursprungs, die am 1. 10. 1928 um 100 Proz. im Verhältnis zu denselben Waren, die aus Ländern stammen, mit denen Litauen Handelsverträge abgeschlossen hat, erhöht wurden, am 3. VI 1929 eine Erhöhung um weiter 50 Prozent erfuhren. Die Erhöhung des litauischen Zolltarifs kam überraschend, ohne dass in wirtschaftlich-politischer Hinsicht tatsächliche Gründe dafür vorgelegen hätten. Bei der Erhöhung des Zollsatzes für einige Artikel des litauischen Imports, hat sich die litauische Regierung auf den § 221 der Verordnung über den Zolltarif gestützt, wonach ihr das Recht zusteht, die Zollsätze bis zu 150 Proz. gegenüber Handelsvertragsstaaten und bis zu 300 Proz. gegenüber Nichthandelsvertragsstaaten (Polen) zu erhöhen. Die augenblickliche Zoll-Erhöhung wird sich unzweifelhaft zu Ungunsten des litauischen Konsumenten auswirken, dem auf diese Art die Möglichkeit geraubt wird, sich mit billigen Waren einzudecken. Wie lange Litauen es aushalten wird, sich durch eine überaus hohe Zollbarière von der Weltwirtschaft abzuschliessen, ist schwer vorauszusagen. Fest steht nur, dass eine derartige Wirtschaftspolitik dem litauischen Wirtschaftsleben keine Vorteile bringen kann. Hohe Zollsätze auf Artikel, die das Inland nicht produziert bezw. deren Produktion sich in überaus minimalen Ausmassen bewegt, erhöhen nur die Warenpreise. Die Zollschranken sind nur dann nützlich, falls ein Land genügend entwickelte oder sich entwickelnde eigene Produktion besitzt, die die Bedürfnisse des Inlandsmarktes befriedigen kann oder jedenfalls dies zu erstreben bemüht ist. Litauen dagegen befindet sich in einer geradezu entgegengesetzten Situation, da es weder eine eigene Industrie noch mineralische Reichtümer aufzuweisen hat und deshalb gezwungen ist, Kohle, Naphtha, Textilwaren, Maschinen, metallurgische Artikel, Salze, Zucker u. ä. einzuführen.

Einrichtung einer Zollstelle in Ożenna.

Auf Grund einer im Monitor Polski Nr. 44 veröffentlichten Verordnung des Finanzministers vom 12. Juni 1929 wird im Bezirk der Zolldirektion Lwów auf der bisherigen Nebenstrecke Bardjów — Zborów — Niż. Polanka — Ożenna — Grab Krempna — Żmigród — Jasło ein Zollposten in Ożenna eingerichtet. Damit wird gleichzeitig diese Nebenstrecke ein Grenzübergang.

Der Zollposten hat die Berechtigung, Reisende mitsamt ihrem Gepäck sowie die Grenzbewohner zollamtlich abzufertigen. Der Transport von Waren über diesen Zollposten ist untersagt.

Die Personenabfertigung erfolgt durch bei dem Zollposten in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober nach den Grundsätzen, die für die Zollämter auf Kreiswegen gelten.

Güterverkehr mit Deutschland und Trieste.

Sch. Im Polnischoberschlesisch-Deutschen Verbandstarif ist in den Ausnahmetarif 4 für Seefische usw. der Versandbahnhof Bremerhaven Inlandshafen aufgenommen worden. Im Internationalen Verbandstarif für die Beförderung von Gütern zwischen Trieste, Fiume, Pola und Rovigno d'Istria einerseits und Stationen der polnischen Staatsbahnen anderseits ist in den Ausnahmetarif 10 für Tabak die Station Wodzisław einbezogen.

Ueberweisung von Schrottsendungen.

Sch. Das polnische Finanzministerium hat verfügt, dass ausländische Schrottsendungen zum Umschmelzen in inländischen Hütten an die für die Empfangsstation zuständige Finanzkontrolle zu überweisen sind, sofern sich auf dem Empfangsbahnhof ein Zollamt nicht befindet. An Stelle des Zollamtes übernimmt in diesem Falle das nächst gelegene Finanzamt die Kontrolle des Umschmelzens der Zollpflichten Schrottsendungen in den Hütte

Weltwirtschaft

Geldmarkt, Wirtschaft und Börse.

Berlin, Ende Juni 29.

Der erfolgreiche Verlauf der pariser Konferenz hat den deutschen Geldmarkt vor einer Katastrophe bewahrt, ohne ihm jedoch eine merkliche Erleichterung gebracht zu haben. Zwar werden Privatdiskonten wieder voll zugeteilt, doch hält sich der Satz noch immer auf der Höhe des Reichsbankdiskontes von 7½ Proz., seit dem 25. Mai ist eine Entlastung der Reichsbank nicht eingetreten, der Wechselbestand zeigt immer noch eine besonders für eine stagnierende Wirtschaft ausserordentliche Höhe von über 2½ Milliarden. Deckungsdevisen haben in derselben Zeit zwar um ca. 170 Millionen zugenommen, doch auch diese Zunahme steht in keinem Verhältnis zu der vorausgegangenen ausserordentlichen Abnahme des Devisenportefeuilles. Zweifellos hätte die Reichsbank Gelegenheit gehabt, bedeutend grössere Devisenmengen zurückzukaufen, wenn sie dem Devisenangebot weniger ausgewichen wäre; so sank der Dollarkurs infolge geringer Interventionen von seinem Höchststand von 4.22 auf 4.191, also etwas unter den Goldexportpunkt. Offenbar ist nicht nur der grösste Teil der abgezogenen Auslandsguthaben nicht wieder zurückgeflossen, sondern auch die im Inland in der Panikstimmung vor einem Monat zusammengekauften Devisen sind trotz der Geldverknappung noch nicht wieder — oder wenigstens nur zum kleinsten Teil — in Mark zurückgetauscht worden. Natürlich fehlen auch diese in Dollarnoten festgelegten Marktbeträge dem Geldmarkt, doch bleibt der Hauptgrund der dauernden Verknappung der bleibende Geldbedarf des Reiches. Ca. ein halbe Milliarde musste bis zum 1. Juli beschafft werden, selbst die teuren Bankkredite von ultimo zu ultimo waren in dieser Höhe nicht zu beschaffen. So setzte man die grösste Hoffnung auf das Zeichnungsergebnis der 7-proz., steuerfreien Reichsanleihe, insbesondere, nachdem auch die pariser Konferenz wenn auch kein ganz glückliches, so doch ein friedliches Ende gefunden hatte. Es sollten erst 300 Millionen, später bei Bedarf nochmals 200 Millionen aufgelegt werden. Trotzdem der Zeichnungstermin nochmals auf den 8. Juni verlängert werden musste, war das Ergebnis mit 180 Milionen ziemlich katastrophal: insbesonders die grossen Zeichner, auf die man die grössten Hoffnungen gesetzt hatte, waren ausgeblieben, hier und da wurde die Vermutung geäussert, dass insbesondere die Schwerindustrie unzufrieden über das pariser Ergebnis und teilweise mit Freuden bereit, irgendwelche Schwierigkeiten der Regierung zu vergrössern, bewusst Zurückhaltung geübt habe. Die Reichsfinanzverwaltung sah sich also gezwungen, einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar in Amerika aufzunehmen, der sich auf 7¼ Proz. + 1 Proz. Provision stellt und ein Jahr läuft. Auch dieser Kredit wurde nur durch die Tatsache ermöglicht, dass in New-York eine gewisse Geldmarkterleichterung eingetreten ist, insbesondere aber, weil man von einer Diskonterhöhung nach einem längeren Meinungsaustausch bei recht geteilten Ansichten im Ausschuss des Federal Reserve Board nun endgültig abgekommen ist. Typischerweise handelt es sich nicht um einen unmittelbaren Auslandskredit, sondern dieser wurde von Geschäftsfreunden der Deutsch. Bank, der Reichscreditges. und der Fa. Mendelssohn u. Co. beschafft. Indessen haben die deutschen Banken einne zwar ungewöhnlichen, doch den Geldverhältnissen entsprechenden Entschluss gefasst: Unter Beibehaltung der Debetzinsen haben sie die Kreditzinsen vom 1. Juni ab um 1% heraufgesetzt. Unter der allgemeinen Geldverteuerung hatten natürlich auch die festverzinslichen Werte zu leiden, besonders Stadtanleihen, landwirtschaftliche Goldpfandbriefe und Industrieobligationen zeigten rückgängige Kurse. Der Plan einer grossen Meliorationsanleihe für die notleidende Landwirtschaft musste vorläufig aufgegeben werden und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf den Zustand des amerikanischen Geldmarktes. Sogar von der Auflegung der deutschen Fordaktien hat man Abstand genommen, obwohl die Emissionen in andern Ländern, besonders in England einen ungewöhnlichen Erfolg hatten, und hat es vorgezogen, die deutsche Fordemission mit Hilfe der I. G. Farben zu finanzieren, die in Hinblick auf ihre Leichtmetallfabrikation Interesse an der Herstellung grosser Mengen Serienautos hat.

Indessen ist in Paris eine Einigung zwischen den Sachverständigen erzielt worden, wobei die Verhandlungen in ihrem letzten Stadium eher einem Kuhhandel glichen. Owen Young ist es zu danken, dass die Konferenz überhaupt zu einem Ende kam. Sein Zahlungsvorschlag wurde von der deutschen Delegation, allerdings unter verschiedenen Vorbehalten, angenommen, da verlangte plötzlich Frankreich eine Abzahlung auf den beseitigten Dawes-Zahlungsplan in Höhe von 700 Millionen; dann verweigerte Belgien seine Unterschrift und verlangte erst eine Entschädigung für die während des Krieges in Belgien ausgegebenen 5 Milliarden Mark. Da aber auch ohne diese beiden Länder der Vertrag unterschrieben worden wäre, konnte ihr Einspruch den Abschluss nur verzögern. Das Wichtigste für Deutschland ist die Tatsache, dass auch der neue Young-Pakt revidierbar ist. Deutschland soll statt mindestens 2½ Milliarden 35 Jahre lang 58 Jahre durchschnittlich 2050 Millionen bezahlen, anfangend von 1800 Millionen, bis 1965 auf ca. 2400 M. ansteigend, um 1987 wieder auf 900 M. herunterzugehen. Die Gewinne der neu zu gründenden Reparationsbank, welche mit einem Kapital von 1½ bis 2 Milliarden eine grosszügige Clearingbank für internationale Kredite werden soll: werden Deutschland gutgeschrieben, ebenso ein eventueller Schuldennachlass Amerikas, welchen es den ehemaligen Allierten gewähren sollte. Der Transferschutz ist ausserdem nur für eine Jahreszahlung von 660 Millionen aufgehoben. Der Rest bleibt politische Schuld, für die hinsichtlich der Modalitäten insofern noch eine Verbesserung eintritt, als dem Transfermoratorium, das an Stelle der Transferklausel tritt und sich über zwei Jahre erstreckt, ein Aufbringungsmoratorium zugefügt wird, das bewirkt, dass für die Hälfte der geschützten Jahreszahlung die Aufbringung eingestellt werden darf, sobald das Transfermoratorium ein Jahr läuft. Für das laufende Jahr muss ausserdem eine Abschlusszahlung von ca. 200 Millionen geleistet werden. Im ersten Jahr wird die Ersparnis dem Dawesplan gegenüber zur Deckung des Etatsdefizits und zur Entlastung der Reichsbahn — Minderung der Verkehrssteuern — verwandt werden müssen, da sonst die Reichsbahn infolge der weiter steigenden Löhne und der sinkenden Einnahmen zu einer kräftigen Tariferhöhung gezwungen sein würde, die sich völlig vielleicht überhaupt nicht wird vermeiden lassen. Allerdings steht jetzt der Reichsbahn infolge Wegfalls der Obligationen und der Kontrolle der Weg zu Auslandsanleihen offen. Mit den im zweiten Jahr ersparten 700 Millionen erwartet man Beseitigung der Industrieobligationen, der Transportsteuer, welche die Frachten um 7½ Proz. verteuert und der Kapitalsertragssteuer. Ausserordentlich wichtig werden die Resultate der politischen Reparationskonferenz sein, die nunmehr unmittelbar bevorsteht und nach der Einigung der Sachverständigen erfolgreiche und schnelle Arbeit leisten kann.

In der Wirtschaftslage sind kaum Veränderungen eingetreten. Saisonmässig geht die Arbeitslosigkeit weiter zurück, die Ausfuhr zeigt steigende Tendenz, sodass im April ein Einfuhrüberschuss von nur 24 Millionen festgestellt wurde, im Mai konstatierte man sogar ein Ausfuhrüberschuss von 54 Millionen bei allerdings überhaupt rückgängigem Aussenhandelsvolumen. Die Zahl der Zahlungseinstellungen hat keine Minderung erfahren.

Die Effektenbörse wurde natürlich durch das glückliche Ende der pariser Konferenz günstig beeinflusst. Mehrere Tage bemerkte man grössere ausländische Kauforders. Da sich aber das deutsche Publikum weder beteiligen will noch grösstenteils auch kann, trat bald wieder die gewohnte Geschäftsstille ein. Dauernde Käufern verzeichneten nur verschiedene Kaliwerte, wie Salzdetfurt, Westeregeln, Aschersleben, Deutsche Kali und Mansfelder sowie Reichsbankanteile, welche weiter in der Hoffnung auf eine Vergütung durch das Reich bei Aenderung des Bankgesetzes gekauft werden. Darmstädter Bank Aktien profitierten von neuen Kapitalserhöhungsgerüchten. Zeitweise recht fest lagen Glanzstoff-Aktien auf den Umtausch im Verhältnis 4:5 in holländische Enka-Aktien, sowie auf ein Bezugsrecht auf die Aktien des so gebildeten Konzerns, den Unie-Aktien im Verhältnis 4:1 zu 130 Proz. Die Produktion der Enka beträgt 75 Proz. des Glanzstoffkonzerns, die letzte Dividende betrug ebenfalls 18 Proz. Diese Fusion ergab sich zwangsläufig zur Ausschaltung der Konkurrenz zweier Kunstseiden-Grosserzeuger; trotzdem Glanzstoff der grössere Partner ist, verschwinden die deutschen Aktien, da sich die holländischen Aktionäre weigerten, ihre Aktien in solche des Glanzstoff-Konzerns einzutauschen. Dr. Blüthgen, der Vorsitzende der Gl. St. Aufsichtsrates betont, dass die Vorteile, welche gemeinsame Rationalisierung in Bezug auf Produktion und Absatz bringen werden, dringend zur Stabilisierung gebraucht werden. Zweifellos werden neue Angliederungen folgen. Der Kurs der Glanzst.-Aktie, welcher zeitweise auf über 480 Proz. anziehen konnte, ist indessen auf 445 Proz. zurückgefallen: Zeitweise lagen auf Kapitalserhöhungspläne Rhein. Braunk. fest, doch enttäuschten die Einzelheiten, sodass der Kurs von 308 auf 291 nachgeben musste. Die Ungewissheit über die Bildung eines internationalen Schallplattentrustes wirkte lähmend auf den Polyphonmarkt. Ausserordentlich schwach lagen weiter von Schiffahrtswerten Nordloyd und Hapag: man befürchtet bei beiden Gesellschaften infolge des Ratenkampfes und des grossen Bauprogrammes einen dividendenlosen Abschluss. Sehr schwach verkehrten ferner Bayer. Motorenwerke: hier verstimmen Arbeiterentlassungen und die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich ein Hauptaktionär, der Grossindustrielle Castiglioni, befindet. Daimler und auch Adler-Kleyer machen grosse Anstrengungen, ihren Absatz zu steigern, nachdem nunmehr die Rationalisierung durchgeführt ist. Die Adlerwerke beabsichtigen, in nächster Zeit ihre tägliche Fabrikation, die sich augenblicklich auf 60 Wagen beläuft, auf 100 Wagen zu steigern. Daimler meldet trotz Frostes in den ersten vier Monaten 29 eine Absatzsteigerung von 10 Proz. Sehr fest lagen zeitweise Montanaktien. Man weist hierbei auf die Einigung mit den Bergarbeitern unl besonders auf die nahe bevorstehende Rheinlandräumung hin. Die Schwerindustrie selbst scheint sich an den Kämpfen jedoch nicht zu beteiligen. Ausserdem wurden am 17. Mai überraschend die Eisenpreise um 5 Proz. erhöht, auch der Schrottmarkt zeigt steigende Tendenz. Doch scheint es gerade die Schwerindustrie als Beleidigung aufzunehmen, wenn man bei ihr eine Besserung der Geschäftslage konstatiert. In elektrischen Werten wurden besonders A. E. G. Rhein. W. El., Siemens und Bergmann gekauft. In I. G. Farben kommt dauernd starkes Material an den Markt, wahrscheinlich auf die bevorstehende Notierung des Bezugsrechtes. Die Zeichnung auf die schweizer Aktien der I. G. Chemie Basel war ein guter Erfolg und auch die amerikanischen Bons sind in New York anscheinend gut untergekommen. Die Generalversammlung brachte kaum Neues wie Steigerung der Umsätze und der Liquidität bei starken Abschreibungen und als Wichtigstes Verhandlungen mit dem chilenischen Finanzminister Don Pablo Ramirez zur Regelung der grossen Gemeinschaftsfragen zwischen der chilenischen Salpeterindustrie und der synthetischen Stickstoffindustrie. Im allgemeinen kann festgestellt werden, dass trotz der Zurückhaltung des Publikums und der Spekulation die Engagements sich wieder vergrössert haben.

Heinz Lindenberg.

MARKTBERICHT

der Firma L. Rübenstein, Getreidegrosshandlung, Olmütz.

Weizen: Gegen alle Erwartungen hat sich in abgelaufener Berichtswoche auf den amerikanischen Märkten eine Haussebewegung durchgesetzt. Man steht wieder vor einem Rätsel. Ist es ein geschicktes Manöver der Haussepartei, oder ist es der nahende Julitermin, der die Baissespekulation nervös macht? Die Uebervorratung der Welt mit Weizen ist eine fraglose Tatsache, und es ist sicher, dass wir mit enormen Lägern in die neue Campagne gehen. Trotzdem in Amerika das sogenannte Farmerhilfsgesetz nicht angenommen wurde, haben sich niedrigere Notierungen nicht durchsetzen können und man ist trotz der verlässlichsten Nachrichten über die neue Welternte volkommen im Unklaren über die weitere Entwicklung der Weizenpreise, nachdem es sicher ist, dass diese weder vom Wetter abhängen noch von den Weltvorräten, sondern einzig und allein sich die Preisentwicklung von der Spekulation abhängig macht. Ueberall in Europa sind die Saatenstandsberichte als auch der tatsächliche Saatenstand der beste. Die zeitweise niedergegangenen Gewitter haben nur strichweise Schäden angerichtet, die aber nicht beträchtlich sind. Die Landwirtschaft hat auch in Europa viel unverkauftes Getreide auf den Speichern und es kommt noch dazu, dass die Mühlen mit ihren Einkäufen sehr zurückhaltend sind, weil der Mehlabsatz sehr viel zu wünschen übrig lässt. Die kleinen Bäcker sind mit teueren Mehlen auf Monate hinaus versorgt und sind in ihren Einkäufen im Hinblick auf die erwartete nahe Ernte sehr zurückhaltend. Es ist daher zu erwarten, dass vor Eintritt der neuen Campagne mit grösseren Preisschwankungen kaum zu rechnen sein wird.

Roggen: Die Absatzstockung dieses Artikels in Amerika ist viel grösser als bei Weizen, nachdem das grösste Konsumgebiet und das ist Europa weit über die neue Ernte hinaus bevorratet ist. Russland hat wohl etwas in Amerika gekauft und verursachte damit eine Preiserhöhung dieses Artikels, doch glaubt man kaum, dass diese von lange anhaltender Dauer sein wird. Es liegen nunmehr Berichte über den derzeitigen Saatenstand der Roggenpflanze in Europa vor und sie lauten wenig opptimistisch. Abgesehen davon, dass die anhaltenden Gewitterregen vielfache Lagerung des Getreides verursachte, steht die Saat durchwegs schütter, wie bereits an dieser Stelle früher einmal berichtet, sind die Aehren kurz, sodass keineswegs bei der kleineren Anbaufläche mit einem solchen Ertrage gerechnet werden kann, wie in der letzten Campagne. Man schätzt allgemein, dass der Ausfall mindestens ein Drittel an Quantität betragen wird, während von der Qualität vorläufig noch nicht gesprochen werden kann.

Messen u. Ausstellungen

Rationalisierung der Bürobetriebe.

Ein fördernder Absatzfaktor für die Einstellung moderner Büromaschinen und zeitgemässer Büroeinrichtung ist der Bürobedarfs-Branche durch das in letzter Zeit schon überall hingedrungene Schlagwort von der Notwendigkeit der Rationalisierung entstanden.

Die Erkenntnis, dass nur ein zweckmässig eingerichteter Bürobetrieb wirtschaftliche Arbeit in kürzerer Zeit und ohne Personal- und Raumvermehrung zu leisten vermag, ist allenthalben durchgedrungen. Wenn aber der allgemein empfundenen Notwendigkeit nach wirtschaftlicher Büroführung noch nicht überall abgeholfen würde, so liegt dies nicht zuletzt an der Unkenntnis aller jener Neuerungen, welche diese Branche inzwischen hervorgebracht hat.

Einen Ueberblick praktischer Maschinen und Hilfsmittel, moderner Büroeinrichtung und zeitgemässer Büroführung zeigt zusammengefasst die fast jeder Messe angegliederte Spezialabteilung für Büromaschinen und modernen Bürobedarf. Jeder Industrielle, Kaufmann und büroleitende Direktor besucht neben den ihn besonders interessierenden Erzeugnissen regelmässig auch diese Spezialabteilung, um sich über Neuerungen in dieser Branche zu orientieren, die den Bürobetrieb rationeller gestalten helfen und die notwendigen Einkäufe durchzuführen.

So wird auch der X. Reichenberger Messe, welche in der Zeit vom 17. bis 23. August 1929 als „Jubiläums-Messe“ abgehalten wird, wieder eine Spezialabteilung „Büromaschinen, moderne Büroeinrichtung und Büroführung“ angegliedert sein. Durch eine Spezialpropaganda werden wiederum viele ernste Käufer auf der Messe versammelt sein, sodass die Beteiligung als Aussteller sowohl von rein geschäftlichem Standpunkte, als auch aus Propagandagründen vorteilhaft und zweckmässig sein wird. Anmeldeformulare und Auskünfte wollen vom Messeamt Reichenberg, Tschechoslowakei, eingeholt werden.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt u. Verlag: Dr. L. Lampel, Katowice. — Verlag: „Hermes“, Sp. z ogr. odp. ... Sl. Zakl. Graf. i Wyd. „Polonia“ S. A. Katowice.